

1. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, im nächsten Landeshaushalt eine namentlich ausgewiesene, mehrjährige Haushaltslinie für den Berliner LSBTIQ+-Aktionsplan bereitzustellen (bitte Betrag oder prozentualen Anteil nennen), eine beim Senat angesiedelte Queerbeauftragte dauerhaft für die kommende Legislaturperiode zu verankern sowie eine langfristige, mehrjährige Förderung von Beratungs-, Selbsthilfe- und Communitystrukturen für LSBTIQ in allen Berliner Bezirken sicherzustellen?

Wir messen dem Berliner LSBTIQ+-Aktionsplan und einer verlässlichen Unterstützung von Beratungs-, Selbsthilfe- und Communitystrukturen eine hohe Bedeutung bei. Derzeit können wir jedoch noch keine konkrete Höhe einer Haushaltslinie oder einen prozentualen Anteil benennen, da wir den Landeshaushalt zunächst umfassend bewerten möchten.

Für uns ist klar: Queere Strukturen brauchen Planungssicherheit und dürfen nicht von kurzfristigen Förderentscheidungen abhängig sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Finanzierungen langfristig und über einzelne Haushaltsperioden hinaus zu verankern und gemeinsam mit Fachverbänden, Communityorganisationen und Expert*innen tragfähige Fördermodelle zu entwickeln.

Dazu gehört auch die Prüfung einer dauerhaften Verankerung entsprechender Zuständigkeiten im Senat sowie eine verlässliche Förderung von Beratungs-, Selbsthilfe- und Communityangeboten in allen Berliner Bezirken. Unser Anspruch ist eine bedarfsgerechte, nachhaltige und transparente Finanzierung, die queere Infrastruktur langfristig stärkt.

2. Wie möchte Ihre Partei die Umsetzung des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) und die Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit konkret stärken?

Das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz und die Landesstrategie für queere Sicherheit sind wichtige Bausteine im Kampf gegen Diskriminierung und Queerfeindlichkeit. Entscheidend ist, dass sie konsequent umgesetzt und mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden.

Wir setzen uns für starke Beratungs- und Präventionsangebote, eine enge Zusammenarbeit zwischen Behörden, Polizei und Zivilgesellschaft sowie eine konsequente Ahndung queerfeindlicher Straftaten ein. Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass der wirksamste Schutz vor Queerfeindlichkeit in Bildung, Aufklärung und einer Kultur der gegenseitigen Wertschätzung liegt.

Ebenso lehnen wir jede Form eines Sonderregisters ab, in dem Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität gesondert erfasst werden. Der Staat muss Menschen schützen und ihre Grundrechte wahren – nicht sie aufgrund ihrer Identität registrieren. Unser Ziel ist eine Politik, die Freiheit, Sicherheit und den Schutz vor Diskriminierung gleichermaßen gewährleistet.

3. Wird sich Ihre Partei für verbindliche Schulungen in Landes- und Bezirkseinrichtungen zur Sensibilisierung für queere Lebensrealitäten einsetzen?

Ja. Wir setzen uns für verbindliche Schulungen und Weiterbildungen in Landes- und Bezirkseinrichtungen ein, um die Sensibilität für queere Lebensrealitäten nachhaltig zu stärken.

Öffentliche Einrichtungen tragen eine besondere Verantwortung, allen Menschen diskriminierungsfrei und respektvoll zu begegnen. Dafür braucht es nicht nur klare Regeln, sondern

auch Wissen, Verständnis und eine aktive Auseinandersetzung mit Vielfalt. Queerfeindlichkeit entsteht häufig durch Unwissen und Vorurteile – genau dort muss Prävention ansetzen.

Auch innerhalb unserer Partei beschäftigen sich bereits Arbeitsgruppen mit der Frage, wie Queer-Beauftragte in Landes- und Bezirkseinrichtungen sowie queersensible Ansprechstrukturen in der Arbeitswelt gestärkt und weiterentwickelt werden können. Diese Expertise wollen wir nutzen, um konkrete und wirksame Maßnahmen voranzubringen.

Unser Ziel ist eine öffentliche Verwaltung und Arbeitswelt, in der LSBTIQ* selbstverständlich respektiert werden und Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität sicher und gleichberechtigt teilhaben können.

4. Wird sich Ihre Partei für eine verbindliche Verankerung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in den Berliner Lehrplänen sowie für verpflichtende Aus- und Fortbildungen aller pädagogischen Fachkräfte (inklusive freier Schulen) einsetzen?

Ja. Wir setzen uns entschieden dafür ein, geschlechtliche und sexuelle Vielfalt verbindlich in den Berliner Lehrplänen zu verankern und verpflichtende Aus- und Fortbildungen für alle pädagogischen Fachkräfte – einschließlich freier Schulen – sicherzustellen.

Queerfeindlichkeit entsteht in den Köpfen von Menschen. Deshalb muss die Lösung dort ansetzen, wo Vorurteile entstehen: bei Bildung, Aufklärung und der Entwicklung von Haltung. Kontrollen und Sanktionen können einzelne Vorfälle ahnden, aber sie können die Ursachen von Diskriminierung nicht nachhaltig beseitigen.

Wir stehen für eine aktive und positive Toleranz, die Vielfalt nicht nur akzeptiert, sondern als Bereicherung unserer Gesellschaft vermittelt. Schulen sind zentrale Orte, an denen junge Menschen lernen, respektvoll miteinander umzugehen, Vorurteile abzubauen und eine demokratische Kultur des Miteinanders zu entwickeln.

Darüber hinaus sehen wir großes Potenzial in einem stärkeren Stellenwert von Psychologieunterricht an Schulen. Ein besseres Verständnis für menschliches Verhalten, Gefühle, Vorurteile und soziale Dynamiken kann dazu beitragen, Empathie zu fördern, Konflikte besser zu lösen und Diskriminierung frühzeitig entgegenzuwirken. Hier besteht aus unserer Sicht in Berlin noch deutlicher Nachholbedarf.

5. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die medizinische und psychotherapeutische Versorgung von trans*, inter* und nichtbinären Menschen in Berlin zu verbessern und bestehende Zugangshürden abzubauen (z. B. Koordinationsstellen, Weiterbildungen, Förderprogramme)?

Die psychotherapeutische Versorgung steht in Berlin insgesamt vor großen Herausforderungen. Durch aktuelle bundespolitische Entscheidungen, wie die geplante Absenkung der Vergütung psychotherapeutischer Leistungen, besteht die Gefahr einer weiteren Verschärfung der Versorgungslage.

Als Partei des Fortschritts setzen wir uns dafür ein, die gesundheitliche Versorgung für alle Menschen sicherzustellen und Zugangshürden abzubauen. Dabei müssen die besonderen Bedarfe von trans*, inter* und nichtbinären Menschen stärker berücksichtigt werden.

Wir wollen gemeinsam mit Betroffenen, Fachstellen und Expert*innen konkrete Maßnahmen entwickeln, darunter bessere Koordinationsstrukturen, Weiterbildungen für Fachpersonal und gezielte Förderprogramme. Gleichzeitig müssen wir die psychotherapeutische Versorgung insgesamt stärken, damit Wartezeiten sinken und niemand aufgrund von Diskriminierung oder fehlenden Angeboten ausgeschlossen wird.

6. Wie will Ihre Partei Regenbogenfamilien in Berlin in Verwaltungsverfahren praktisch entlasten, beispielsweise durch einheitliche und deutlich vereinfachte Vorgaben zu den Verfahren der Stiefkindadoptionen in queeren Familien oder eine verpflichtende Qualifizierung der Mitarbeitenden zu den Rechten von queeren Familien in relevanten Behörden wie Elterngeldstellen, Standes- und Jugendämtern?

Regenbogenfamilien sind ein selbstverständlicher Teil unserer Berliner Stadtgesellschaft und müssen in allen Verwaltungsverfahren gleichberechtigt und diskriminierungsfrei behandelt werden. Noch immer erleben viele queere Familien unnötige bürokratische Hürden und fehlende Sensibilität in Behörden.

Wir setzen uns für eine moderne, digitale und zunehmend automatisierte Verwaltung ein, die Verfahren vereinfacht, beschleunigt und für alle Menschen zugänglicher macht. Dazu gehören einheitliche und transparente Vorgaben für Verfahren wie Stiefkindadoptionen sowie klare, diskriminierungsfreie Abläufe in Standesämtern, Jugendämtern und Elterngeldstellen.

Gleichzeitig braucht es verbindliche Schulungen und Qualifizierungen für Mitarbeitende, damit queere Familien kompetent und wertschätzend unterstützt werden. Digitalisierung und Automatisierung können dabei helfen, bürokratische Hürden abzubauen – sie ersetzen aber nicht die notwendige Sensibilität und das Verständnis für unterschiedliche Familienrealitäten.

Unser Ziel ist eine moderne Verwaltung, die Familien in ihrer tatsächlichen Vielfalt anerkennt, unterstützt und niemanden aufgrund der Familienform benachteiligt.

7. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, queere Infrastruktur wie Bars, Cafés, Clubs und weitere Begegnungsorte zu erhalten und strukturelle Unterstützung zuzusichern?

Queere Infrastruktur ist ein zentraler Bestandteil der Berliner Stadtkultur und macht Berlin vielfältig, offen und lebenswert. Der Verlust von queeren Bars, Clubs und Begegnungsorten wie zuletzt die Schließung langjähriger und historisch bedeutender Orte der Schwulenszene wie SchwuZ sind eine bedauerliche Entwicklung, der wir entschieden entgegenwirken wollen.

Wir setzen uns dafür ein, das Clubsterben zu stoppen und queere Kulturorte stärker zu schützen und zu unterstützen. Clubs und queere Begegnungsorte müssen als kulturelle Einrichtungen ernst genommen werden - vergleichbar mit anderen schützenswerten Kulturorten wie Opern oder Theatern. Dazu gehören bessere Förderstrukturen, Schutz vor Verdrängung und eine Stadtentwicklung, die kulturelle Freiräume erhält.

Dazu gehört auch eine Verkehrspolitik, die nicht durch Projekte wie den weiteren Ausbau der A100 zusätzlichen Druck auf gewachsene Kiezstrukturen und Kulturorte ausübt. Die queere Szene ist ein unverzichtbarer Teil Berlins – ohne sie wäre unsere Stadt ärmer und weniger lebenswert.

8. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verbesserung der Lebenssituation und Sichtbarkeit queerer Senior*innen in Berlin, insbesondere in Pflege, Altenhilfe und Quartiersarbeit?

Queere Senior*innen gehören selbstverständlich zur Berliner Stadtgesellschaft und verdienen Sichtbarkeit, Anerkennung und eine diskriminierungsfreie Unterstützung im Alter. Gleichzeitig steht Berlin vor einer wachsenden Herausforderung durch Alterseinsamkeit, von der auch viele queere ältere Menschen betroffen sind.

Wir setzen uns dafür ein, soziale Teilhabe im Alter zu stärken und neue Wohn- und Unterstützungsformen zu fördern – etwa intergenerationelles Wohnen, gemeinschaftliche Wohnprojekte oder Clusterwohnungen. Solche Modelle können Einsamkeit entgegenwirken und Menschen ermöglichen, auch im Alter selbstbestimmt und in Gemeinschaft zu leben.

Darüber hinaus müssen Pflegeeinrichtungen, Beratungsstellen und Angebote der Quartiersarbeit stärker für die Lebensrealitäten queerer Senior*innen sensibilisiert werden. Dazu gehören Weiterbildungen für Fachkräfte und die Förderung queersensibler Angebote.

Berlin muss eine Stadt sein, in der Menschen in jeder Lebensphase sicher, selbstbestimmt und verbunden leben können. Queere Senior*innen dürfen im Alter nicht unsichtbar werden – ihre Erfahrungen und ihr Engagement sind ein wichtiger Teil unserer Stadt.

9. Wie wird Ihre Partei die Sichtbarkeit und Repräsentation von LSBTIQ* in Berliner Medien-, Kultur- und Sportförderprogrammen stärken (z. B. durch gezielte Förderlinien oder Beteiligung in Gremien)?

LSBTIQ* sind ein selbstverständlicher Teil der Berliner Stadtgesellschaft und müssen sich auch in der Medien-, Kultur- und Sportlandschaft unserer Stadt wiederfinden. Sichtbarkeit schafft Anerkennung, wirkt Diskriminierung entgegen und stärkt gesellschaftliche Teilhabe.

Wir setzen uns dafür ein, queere Perspektiven in bestehenden Förderstrukturen stärker zu berücksichtigen und zu prüfen, wie gezielte Förderlinien für queere Kultur-, Medien- und Sportprojekte ausgebaut werden können. Gleichzeitig müssen queere Menschen stärker in Entscheidungs- und Beratungsgremien vertreten sein, damit ihre Erfahrungen und Perspektiven bei der Vergabe von Fördermitteln und der Gestaltung von Programmen einfließen.

Berlin hat bereits erfolgreiche Beispiele für gelebte queere Teilhabe, etwa den queeren Sportverein Vorspiel SSL Berlin, der seit Jahrzehnten zeigt, wie Sport Räume für Begegnung, Gemeinschaft und Akzeptanz schaffen kann. Solche Strukturen müssen erhalten, sichtbar gemacht und weiter gestärkt werden.

Gerade Berlin lebt von seiner vielfältigen Kultur- und Sportlandschaft. Eine stärkere Repräsentation von LSBTIQ* ist daher keine Sonderförderung, sondern ein wichtiger Beitrag zu einer vielfältigen, demokratischen und lebenswerten Stadt.

10. Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um LSBTIQ*-Geflüchteten in Berlin sicheren Wohnraum, spezialisierte Beratungsangebote und wirksamen Schutz vor Gewalt in Unterkünften zu gewährleisten?

Die Unterbringung und der Schutz von Geflüchteten sind eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung, bei der Berlin allen Menschen Sicherheit und menschenwürdige Lebensbedingungen gewährleisten muss. Gleichzeitig erkennen wir an, dass LSBTIQ*-Geflüchtete aufgrund von Diskriminierung, Gewalt- und Ausgrenzungserfahrungen häufig einer besonderen Risikolage ausgesetzt sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass diese besonderen Schutzbedarfe in Unterkünften stärker berücksichtigt werden. Dazu gehören diskriminierungssensible Schulungen für Mitarbeitende, verlässliche Beschwerde- und Schutzstrukturen sowie der Ausbau spezialisierter Beratungsangebote für LSBTIQ*-Geflüchtete.

Geflüchtete Menschen müssen unabhängig von ihrer Herkunft, Identität oder sexuellen Orientierung sicher leben können. Der Schutz vor Gewalt und ein Zugang zu Unterstützung und Beratung sind für uns zentrale Bestandteile einer menschenwürdigen Flüchtlingspolitik.